



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Claudia Köhler, Tim Pargent, Toni Schuberl, Christian Hierneis und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Förderung der Verteidigungsindustrie in Bayern
hier: Risikoanalyse und Umweltfolgenabschätzung
(Drs. 19/9195)**

Der Landtag wolle beschließen:

In § 3 Nr. 2 werden dem Art. 19 Abs. 2 die folgenden Sätze 7 und 8 angefügt:

„⁷Das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration hat vor Erlass einer Allgemeinverfügung nach Satz 1 eine Risikoanalyse einschließlich einer Umweltfolgenabschätzung durchzuführen. ⁸Auf deren Grundlage ist ein zweckgebundener Entschädigungsfonds zur Finanzierung künftiger Sanierungs- und Renaturierungsmaßnahmen einzurichten.“

Begründung:

Angesichts der verschärften geopolitischen Lage in Europa, insbesondere seit Beginn der Russischen Invasion in der Ukraine 2022, sehen sich die Partner der Europäischen Union und der NATO mit neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll und notwendig, die Grundlage der Verteidigungswirtschaft auch durch verbesserte landesrechtliche Rahmenbedingungen zu stärken. Über den neuen Art. 19 des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes (BayKSG) soll dem entstehenden Defense Lab Erding als künftig zentralem wehrtechnischen deutschen Forschungs- und Erprobungsgelände der notwendige rechtliche Freiraum für technische Innovationen eröffnet werden.

Die Einrichtung eines solchen zentralen Testgeländes wird begrüßt. Gleichzeitig ist jedoch eine sorgfältige Risikofolgenabschätzung für Umwelt und Natur erforderlich. Bereits heute müssen mögliche zukünftige Sanierungsbedarfe mitgedacht werden: In Bayern existieren derzeit 47 zum Teil ehemalige Militäranlagen mit kontaminierten Böden und belastetem Grundwasser, deren Sanierung jeweils Millionenbeträge erfordert. Wenn durch ein neues Regelwerk ein Testgelände geschaffen und ermöglicht wird, ist der Staat es der Umwelt, der Natur und den Anwohnerinnen und Anwohnern schuldig, frühzeitig Vorsorge zu treffen.

Ziel ist es, durch Innovationen die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Europas zu stärken, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und zugleich sicherzustellen, dass sicherheitsrelevante Technologien im Einklang mit der Natur entwickelt werden.